

GUTACHTEN DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS BESTÄTIGT RECHTSAUFFASSUNG DER CSU

DIE PKW-MAUT IST EUROPARECHTSKONFORM!

Die CSU hat ihr Wahlversprechen umgesetzt: Die Pkw-Maut kommt. Bereits in der letzten Wahlperiode haben wir die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Österreich hatte dagegen geklagt. Doch nun bestätigt auch der **Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof** (EuGH) in seinem Gutachten: Die deutsche **Pkw-Maut ist europarechtskonform**. Sie stellt keine Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit dar. Mit diesem eindeutigen Votum sieht unser Bundesverkehrsminister **Andreas Scheuer** den Kurs der CSU bestätigt: „*Die Finanzierung der Straße durch alle, die sie nutzen, ist richtig!*“ Einen konkreten Starttermin hat er bereits genannt – im Oktober 2020 wird es soweit sein.

Hintergrund: Österreich klagt aktuell vor dem EuGH gegen die deutsche Pkw-Maut. Im Gutachten empfiehlt der Generalanwalt, **die Klage Österreichs gegen die in Deutschland beschlossene Maut abzulehnen**. Das Gutachten ist nicht verbindlich. Das Gericht folgt jedoch in den meisten Fällen der Argumentation des Generalanwalts. Das Urteil wird in den kommenden Monaten erwartet. Lehnt auch das Gericht die Klage ab, heißt es „grünes Licht“ für die Umsetzung!

Der Vorsitzende der CSU im Bundestag, **Alexander Dobrindt**, sieht nach der positiven Einschätzung des EU-Generalanwalts zur Rechtmäßigkeit der Pkw-Maut keinen Anlass mehr für Widerstand aus Österreich: „*Die Maut-Maulerei der Österreicher muss jetzt endlich ein Ende haben.*“ Das Prinzip „Wer nutzt, der zahlt, aber keiner zahlt doppelt“ werde vom Generalanwalt voll bestätigt.

GUTE GRÜNDE FÜR DIE PKW-MAUT:

Nutzerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Mit der Pkw-Maut vollziehen wir einen echten Systemwechsel weg von der Steuer- hin zur zweckgebundenen Nutzerfinanzierung. Das Verursacherprinzip ist nicht nur gerechter, sondern auch der Einstieg in ein modernes und leistungsfähiges System.

Mittel für Investitionen in die Infrastruktur

Mit der Pkw-Maut erhalten wir dringend benötigte Mehreinnahmen zur Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur. Nach Abzug der Systemkosten wird durch die Pkw-Maut von ausländischen Fahrzeughaltern mit Mehreinnahmen von 500 Millionen Euro pro Jahr gerechnet. Diese Einnahmen fließen direkt in die Straßenverkehrsinfrastruktur des Bundes.

Die Pkw-Maut ist gerecht

In vielen europäischen Ländern – z. B. Österreich, Italien, Schweiz oder Frankreich – müssen deutsche Staatsbürger Maut zahlen, während bei uns Reisende aus dem Ausland bislang kostenlos fahren und sich nicht an der Finanzierung unserer Straßen beteiligen. Mit der Pkw-Maut müssen sich ausländische Fahrzeughalter und Mitnutzer unserer Straßen ebenfalls an der Finanzierung beteiligen. Damit schließen wir eine Gerechtigkeitslücke, die für Bayern als Transitland entscheidend ist.

Keine Mehrbelastung für deutsche Autofahrer

Deutsche Autofahrer sind keiner Mehrbelastung ausgesetzt. Mit Einführung der Pkw-Maut senken wir die Kfz-Steuer. Das erfolgt automatisch und unbürokratisch.

Start im Oktober 2020

Die Umsetzung der Maut schreitet gut voran. Der Vertrag zur Erhebung der Maut mit einem deutsch-österreichischen Konsortium wurde Ende Dezember unterschrieben. Darin ist der Start der PKW-Maut für Oktober 2020 vertraglich festgeschrieben. Auch der finanzielle und wirtschaftliche Rahmen, den der Bundestag vorgegeben hat, wird dabei eingehalten.

CSU-Generalsekretär Markus Blume, MdL:

„Die PKW-Maut leistet einen wichtigen Beitrag zu einer gerechten und modernen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Sie ist daher ein Herzensanliegen der CSU, für das wir jahrelang gekämpft haben. Umso erfreulicher ist es, wenn der Generalanwalt des EuGH nun unsere Rechtsauffassung bestätigt: Die PKW-Maut ist europarechtskonform!“

Service

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter **www.csu.de**

Impressum

CSU-Landesleitung
Franz Josef Strauß-Haus
Mies-van-der-Rohe-Straße 1
80807 München

Verantwortliche:
Dr. Carolin Schumacher, Hauptgeschäftsführerin